

An die Redaktion



**Betr.: Es ist wieder da – das Berufsverbot
E&W April/Mai 2025**

Als GEW-Mitglied bin ich natürlich grundsätzlich gegen Berufsverbote, gegen Zensur und für das Recht auf freie Meinungsäußerung und solidarisch mit Kolleg*innen, die von Berufsverboten betroffen sind.

Deswegen habe ich, nachdem ich die Überschrift im Inhaltsverzeichnis gelesen hatte, interessiert auf Seite 9 vorgeblättert. Und dann merkte ich in Anbetracht des Fotos, auf dem einer der beiden Betroffenen mit Kuffiya posierte, dass meine Solidarität Grenzen hat. Warum?

Wahrscheinlich würden sich die meisten GEW-Kolleg*innen mit mir wünschen, dass ein Geschichtslehrer, der öffentlich eine 180°-Wende in der Erinnerungspolitik und ein Ende des Schuldkultes fordert, keine Schüler*innen unterrichtet. Wahrscheinlich würden mir da auch die beiden fotografierten Kollegen zustimmen. Vielleicht waren wir sogar zusammen auf einer der zahlreichen Demos gegen rechts unterwegs und haben „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda!“ gerufen. Nun würde ersteres nur mittels Berufsverbotes realisierbar sein, letzteres bedeutete eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung.

„Free palestine from german guilt!“ läuft letztlich auch auf die besagte erinnerungspolitische 180°-Wende hinaus. Die Hamas und ihr am 7. Oktober 23 begonnener Angriffskrieg auf Israel zielt erklärtermaßen auf die Vernichtung Israels und eine neue Shoa. Nie wieder ist jetzt? Die Palästina-Solidaritätsbewegung blendet all das bewusst aus und ist damit schon vorab mitten in der erinnerungspolitischen 180°-Wende. „Die Deutschen waren eigentlich ganz o.k. und arme Opfer, die unsere Solidarität verdient hätten, nur die Nazis waren böse?“ So eine Geschichte würden wir nicht akzeptieren. Eine vergleichbare bezüglich Gaza sollen wir schlucken?

Benjamin Ruß kennzeichnet sich bewusst als Mitglied einer Bewegung, die unter dem Vorwand von „Palästinasolidarität“ anlässlich des größten und grausamsten Pogroms gegen Jüdinnen und Juden seit dem Ende der Shoa, für die Mörder, Vergewaltiger und Entführer Partei ergreift, sich ihre Propaganda zu eigen macht und für die Opfer und Geiseln keinerlei Empathie zeigt. Diese Bewegung verhält sich absolut unkollegial gegenüber jüdischen, israelischen und israelsolidarischen Lehrenden, Lernenden und Kolleg*innen, bedroht sie, schüchtert sie ein, hindert sie am Arbeiten, Lernen und Lehren, verfolgt sie bis in ihre Privatsphäre.

Kolleg*innen, die sich so verhalten oder solches Verhalten unterstützen, dürfen nicht an Schulen oder Hochschulen beschäftigt werden. Sie würden von Israelfeindlichkeit und Antisemitismus Betroffenen keinen Schutz bieten. Sie würden ihre berufliche Position zur Verbreitung ihres Gedankengutes nutzen. Sie würden Uni-Besetzungen und ähnliche Aktionen ziemlich sicher nicht verhindern, sondern eher noch begünstigen. Sie be- und verhinderten damit freie Forschung und Lehre, freien Zugang zu Bildung für alle und störten den betrieblichen Frieden. Solche Leute dürfen nicht in den öffentlichen Dienst und schon gar nicht verbeamtet werden. Sie haben auch nicht unsere Unterstützung und Solidarität verdient.

Liv Teichmann